

Fragestunde

1015. Abgeordnete Jutta Lieske (SPD-Fraktion)

Ist der Heilbadstatus auch ohne Brückenabriss zu retten?

Der Kurstadt Bad Freienwalde wurde der Status „Moorheilbad“ unter Auflagen befristet verlängert.

In der Pressekonferenz der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe vom 5. September 2017 wurde durch den Abgeordneten Vida in Begleitung der Bürgermeisterkandidatin für Bad Freienwalde Frau Leonie Schölzel der Eindruck vermittelt, dass der Abriss der Stadtbrücke nicht zwingend erforderlich ist, um den Moorheilbadtitel zu verteidigen. Begründet wurde diese Aussage mit einigen Zitaten aus einem Schreiben des MFWK bzw. aus dem Landesdenkmalamt vom 30.06.2017 an einen sachkundigen Einwohner aus der Stadtverordnetenversammlung von Bad Freienwalde.

Gleichzeitig wurde behauptet, dass die Sozialministerin Diana Golze in dieser Angelegenheit nicht die Wahrheit gesagt haben soll, als sie sich dazu in einem Vororttermin in der Kurstadt in 2016 geäußert hat.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es eine abgestimmte Meinung der Landesregierung zum Abriss bzw. zum Erhalt der Stadtbrücke in Bad Freienwalde in Bezug auf den dauerhaften Erhalt des Moorheilbadstatus?

1016. Abgeordnete Barbara Richstein (CDU-Fraktion)

Verlängerung der Aufenthaltspflicht für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive in der Erstaufnahmeeinrichtung

Nach einer Landrätekonzferenz in Potsdam sprachen sich am 18. September 2017 die Präsidenten von Landkreistag und Städte- und Gemeindebund, Landrat Wolfgang Blasig und Oberbürgermeister Jann Jakobs gemeinsam mit dem Minister des Innern und für Kommunales Karl-Heinz Schröter dafür aus, dass Asylbewerber künftig bis zu zwei Jahre in den zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes verbleiben können. Ziel sei eine schnellere Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer und nur eine Verteilung von Asylbewerbern mit Bleibeperspektive auf die Landkreise und kreisfreien Städte.

Mit dem am 29.07.2017 in Kraft getretenen Bundesgesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht können die Bundesländer auf Grundlage des neu eingefügten § 47 Absatz 1b AsylG künftig Asylbewerber verpflichten, für bis zu 24 Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes zu bleiben.

Ich frage die Landesregierung: Plant sie von dieser Regelungsbefugnis umfassend Gebrauch zu machen, indem sie dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegt, der es ermöglicht, dass Ausländer bis zur Entscheidung des Bundesamtes über den Asylantrag und im Falle der Ablehnung des Asylantrags als offensichtlich unbegründet oder als unzulässig bis zur Ausreise oder bis zum Vollzug der Abschiebungsandrohung oder -anordnung in den zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes für maximal 24 Monate verbleiben?

Ausgegeben: 22.09.2017

1017. Abgeordnete Isabelle Vandre (Fraktion DIE LINKE)
College+ an der BTU Cottbus/Senftenberg

Zum Wintersemester 2017/18 startet an der BTU ein bundesweit einmaliges Studienprogramm. Mit College+ gibt es einen Studiengang, in dem sich die Studierenden umfassend über ca. 30 Studiengänge der BTU sowohl aus dem universitären als auch aus dem fachhochschulischen Bereich informieren können. Die dabei erworbenen Credit Points können für ein späteres Fachstudium angerechnet werden. Außerdem sollen die Studierenden auch ein berufliches Tätigkeitsfeld kennenlernen. Zudem ist das Studium im College+ BA-föG-fähig.

Ich frage die Landesregierung: Inwiefern gibt es Überlegungen, dieses Programm auch auf andere Hochschulen des Landes Brandenburg auszuweiten?

1018. Abgeordneter Andreas Kalbitz (AfD-Fraktion)
Eisenbahnnetz Brandenburg

Brandenburg hat ein lückenhaftes Eisenbahnnetz, was nicht zuletzt auf umfangreiche Streckenstilllegungen zurückzuführen ist.

Ich frage die Landesregierung: Bei welchen stillgelegten Eisenbahnstrecken gibt es Potenzial, diese wieder in Betrieb zu nehmen?

1019. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umgang mit freilaufendem Wisent in Lebus

Am 13. September 2017 wurde auf Veranlassung des Ordnungsamtes Lebus ein streng geschützter freilaufender Wisent in der Nähe der Stadt Lebus erschossen. Als Begründung wurde aufgeführt, dass von dem Tier möglicherweise eine Gefahr ausgehe. Nach Hinweisen aus der Bevölkerung hat sich das Tier auf polnischer Seite jedoch schon seit längerer Zeit friedlich aufgehalten. Die Umweltorganisation WWF hat Strafanzeige gegen den Ordnungsamtsleiter wegen Verstoß gegen das Bundesnaturschutzgesetz gestellt.

Ich frage die Landesregierung: Was wäre aus ihrer Sicht ein angemessenes Vorgehen im Umgang mit dem freilaufenden Wisent gewesen?

1020. Abgeordneter Peter Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)
Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Brandenburg?

In Brandenburg wurden 2016 laut Kraftfahrtbundesamt 23.268 Dieselfahrzeuge neu zugelassen. Dies waren knapp 37 Prozent aller neu zugelassenen Fahrzeuge. Im Rahmen der Diesel-Affäre wurde nun von zahlreichen Akteuren ein weitgehendes Fahrverbot für Dieselfahrzeuge gefordert, insbesondere in Städten.

Ich frage die Landesregierung: Wie steht sie konkret zu den geforderten Fahrverboten für Dieselfahrzeuge?

1021. Abgeordnete Kerstin Kircheis (SPD-Fraktion)
Gebäudezustand am Polizeistandort Bonnaskenplatz Cottbus

Nach einem Pressebericht der Lausitzer Rundschau vom 7. September 2017 sind die baulichen Zustände des Polizeigebäudes am Cottbuser Bonnaskenplatz mangelhaft. 170 Beamtinnen und Beamte sind von Schimmel, kaputten Kabeln, undichten Fenstern und einem defekten Aufzug betroffen. Bis 2015 sollte der Erweiterungsbau am neuen Polizeistandort fertig sein, leider wurden Planung und Bau gestoppt. Dass die betroffenen Polizistinnen und Polizisten noch weitere vier Jahre unter diesen Bedingungen arbeiten müssen, scheint nicht hinnehmbar.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung: Wann wird das Finanzministerium die nötigen Gelder zur Nachbesserung der baulichen Zustände am Polizeigebäude bereitstellen, um die Arbeitsbedingungen vor Ort zu verbessern?

1022. Abgeordneter Gordon Hoffmann (CDU-Fraktion)
Schulämter als Trostpflaster?

Laut Märkischer Allgemeiner Zeitung vom 31. August 2017 stellte Minister Schröter öffentlich Überlegungen an, das staatliche Schulamt Neuruppin nach Perleberg zu verlegen, um den möglichen Wegfall anderer Behörden im Zuge der geplanten Zwangsfusion der Prignitz mit Ostprignitz-Ruppin zu „kompensieren“.

Diese Überlegungen entbehren nicht einer gewissen Ironie, da die Landesregierung den Sitz des staatlichen Schulamts erst vor wenigen Jahren - entgegen fachlicher Bedenken und öffentlicher Proteste - von Perleberg nach Neuruppin verlegt hat.

Ich frage die Landesregierung: Steht auch der Sitz der Schulämter Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder) und Cottbus im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform zur Disposition?

1023. Abgeordnete Gerrit Große (Fraktion DIE LINKE)
Landesbühnen Nord- und Südbrandenburg

Zum Beginn der Spielzeit 2017/18 werden die beiden Theater Uckermärkischen Bühnen Schwedt (UBS) und die Neue Bühne Senftenberg (NBS) in den Theater- und Orchesterverbund aufgenommen. Verbunden ist dies mit dem Start dieser beiden Häuser als Landesbühne Nordbrandenburg und Landesbühne Südbrandenburg. Zur Unterstützung erhalten beide Theater in diesem und im kommenden Jahr insgesamt 380.000 Euro zusätzlich vom Land.

Ich frage die Landesregierung: Welche positiven Effekte erhofft sie sich mit der Gründung der beiden Landesbühnen?

1024. Abgeordneter Dr. Alexander Gauland (AfD-Fraktion)
Kirchen in Brandenburg

Viele Kirchen in Brandenburg befinden sich im europäischen Kulturerbejahr 2018 immer noch in einem schlechten baulichen Zustand.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten zum Umgang mit baufälligen Kirchen sieht sie?

1025. Abgeordnete Roswitha Schier (CDU-Fraktion)
Koordinatorenstelle des Landes zur Bekämpfung von Ambrosia

Die Lausitz und insbesondere die Region um Drebkau und Vetschau sind seit Jahren von einem hohen Vorkommen der allergieauslösenden Ambrosiapflanze betroffen. Bei der Bekämpfung der Ambrosia fühlen sich die betroffenen Kommunen vom Land schon länger alleingelassen. Seit Jahren arbeitet eine interministerielle Arbeitsgruppe. Im Jahr 2017 soll sie ein Maßnahmenprogramm vorlegen, mit deren Hilfe die Ambrosiavorkommen im Hauptverbreitungsgebiet langfristig reduziert und neue Vorkommen in anderen Landesteilen beseitigt werden könnten. Zudem wurde seitens der Landesregierung die Schaffung einer Koordinatorenstelle angekündigt, die bei der Bekämpfung von Ambrosia unterstützen soll.

Ich frage die Landesregierung: Welche einzelnen Aufgaben wird die Koordinatorenstelle ab wann erfüllen, um die Ambrosiavorkommen in der Lausitz und in anderen Landesteilen spürbar zu reduzieren?

1026. Abgeordneter Rainer Genilke (CDU-Fraktion)
Grundsatzvereinbarung zur weiteren Vorgehensweise bei der Entwicklung der Schienenverkehrsverbindungen zwischen Berlin und Brandenburg

Laut aktueller Presseberichterstattung („Entlastung für Pendler in Sicht“, PNN vom 11.09.2017) soll im Herbst 2017 eine Grundsatzvereinbarung zur weiteren Vorgehensweise bei der Entwicklung der Schienenverkehrsverbindungen zwischen Berlin und Brandenburg geschlossen werden. Diese Vereinbarung soll „sieben Vorhaben für insgesamt bis zu 800 Millionen Euro“ umfassen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Vorhaben sind in der genannten Vereinbarung enthalten?

1027. Abgeordnete Margitta Mächtig (Fraktion DIE LINKE)
Landesbetrieb für Straßenwesen

Im Zusammenhang mit der Planung und dem Bau der Ortsumfahrung der B 167 von Alt-Ruppin im Landkreis Ostprignitz-Ruppin informierte nach Pressemeldungen der Landesbetrieb für Straßenwesen, dass die Planungskapazitäten des Landesbetriebes „limitiert“ seien, also die Planungskapazitäten für beschlossene Baumaßnahmen nicht ausreichen. Dies ist kein Einzelfall. Sondern mehrere beklagen, dass Investitionsvorhaben in Kommunen des Landes aus eben diesem Grund immer wieder in die Zukunft verlagert werden. Dies ist, insbesondere mit Blick auf die sehr umfangreichen und zeitintensiven Planungsaufgaben, auch immer eine Absage an heute schon notwendige Investitionen im Straßenbau selbst.

Ich frage die Landesregierung: Welche Schritte will sie unternehmen, um den Landesbetrieb für Straßenwesen zu stärken oder andere Möglichkeiten zu schaffen, damit getroffene Investitionsentscheidungen im Straßenbau auch in der geplanten zeitlichen Dimension in und für die Kommunen umgesetzt werden können?

1028. Abgeordneter Steffen Königer (AfD-Fraktion)
Wasserpest

Wasserpest stellt selten ein Problem für Flora und Fauna dar. Für Wassersportler jedoch kann sie bei starker Ausbreitung zu einem lebensbedrohlichen Problem werden: Die Pflanzen können sich um Beine, Körper und Arme wickeln und den Wassersportler in Panik versetzen oder gar am weiteren Fortkommen hindern.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Einschränkungen durch Wasserpest für Wassersportler in Brandenburg?

1029. Abgeordneter Marco Büchel (Fraktion DIE LINKE)
Teilnahme am Landesschulobstprogramm

Erstmals bietet die Landesregierung in diesem Jahr ein aus Landesmitteln gefördertes Schulobstprogramm an. Grund- und Förderschulen konnten sich um die Teilnahme bewerben und einen Zuschuss bis zu 500 Euro für die Verteilung von Äpfeln an die Schülerinnen und Schüler erhalten. Damit verbunden sollen die Themen gesunde Ernährung und Landwirtschaft im Unterricht behandelt werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist das Programm von den Schulen angenommen worden?

1030. Abgeordnete Marie Luise von Halem (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürgerticket für Potsdam

Potsdam erwägt laut PNN-Bericht vom 05.07.2017 einschneidende Maßnahmen, um die selbst gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen. Dazu gehört auch ein besserer Nahverkehr. Laut PNN werde in dem Zusammenhang der ticketfreie Nahverkehr geprüft. Bei diesem Modell müssten alle Einwohner der Stadt eine monatliche Pflichtgebühr für die fahrscheinfreie Nutzung von Bussen und Trams zahlen. Oberbürgermeister Jann Jakobs machte laut PNN allerdings deutlich, dass ein Bürgerticket für den Nahverkehr nicht kurzfristig umsetzbar sei, sondern unter anderem auch mit der Landesebene abgestimmt werden müsse.

Ich frage die Landesregierung: Wie positioniert sie sich in den Verhandlungen mit der Landeshauptstadt Potsdam zu der Idee der Einführung eines Bürgertickets?

1031. Abgeordnete Diana Bader (Fraktion DIE LINKE)
Mautstreckenerweiterung auf Bundesstraßen in Brandenburg

Seit geraumer Zeit gibt es Klagen von Bürgerinnen und Bürgern in Herzberg (Elster) darüber, dass Lkws und Transporter die Autobahnen verlassen, sich auf der B 87 und weiter auf der B 101 in Richtung Frankfurt (Oder) oder Berlin bewegen, um damit die Mautkosten zu sparen. Das habe ein erhöhtes Verkehrsaufkommen in und um Herzberg zur Folge, was insbesondere in den Hauptverkehrszeiten und auch in den Nachtstunden zu einem erheblichen Störfaktor geworden sei. Sie fordern, die B 87 und andere Bundesstraßen zu bemaufen, die direkt durch das Stadtgebiet führen und für einen für sie unerträglichen Anstieg des Durchgangsverkehrs sorgen.

Ich frage die Landesregierung: Was kann sie gegenüber der Bundesregierung unternehmen, um die Bundesstraße B 87 in Richtung Herzberg auf der Ost-West-Richtung nach Berlin und Frankfurt (Oder) und weitere Bundesstraßen in Brandenburg in das Mautsystem einzubeziehen, um damit sowohl Ausweichverkehre zu verhindern als auch zur Entlastung von Anwohnerinnen und Anwohner beizutragen?

1032. Abgeordnete Christina Schade (AfD-Fraktion)
Liberalisierung der Zeitarbeitsbranche

Anfang dieses Jahrzehnts konzentrierte sich die arbeitsmarktpolitische Diskussion auf eine Liberalisierung der Zeitarbeitsbranche. Die Hartz-Kommission plädierte für eine weitgehende Abschaffung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und für den Ausbau von Personal-Service-Agenturen (PSA) als Vermittlungsinstrument für Arbeitslose. Während die PSA ihrem Anspruch nicht gerecht werden konnte, expandierte der Markt für Zeitarbeitsunternehmen in ungeahntem Ausmaß. Hierzu trug sowohl die weitgehende Deregulierung der Zeitarbeitsbranche als auch der konjunkturelle Aufschwung bei. Die Zeitarbeit breitet sich auch in Brandenburg rasant aus. In den Landkreisen Brandenburgs bestehen hinsichtlich der Bedeutung und Entwicklung der Leiharbeit erhebliche Unterschiede.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Zunahme von Zeit-, Leih- und Teilzeitarbeit für die soziale Situation der betroffenen Arbeitnehmer?

1033. Abgeordnete Kathrin Dannenberg (Fraktion DIE LINKE)
Erasmus+ an Schule

Für das Schuljahr 2017/18 werden bundesweit 209 Schulen und Bildungseinrichtungen über das EU-Programm Erasmus+ mit insgesamt rund 23 Mio. Euro gefördert. Neben der Unterstützung von Schulpartnerschaften geht es in den Projekten vor allem um aktuelle Herausforderungen in Schule und Unterricht in Europa sowie Mobilitätsprojekte von Schulpersonal. Die persönliche Begegnung von jungen Menschen und Lehrkräften in einem gemeinsamen Europa steht dabei im Fokus von Erasmus+.

Ich frage die Landesregierung: Welche Schulen in Brandenburg profitieren im Schuljahr 2017/18 von einer Förderung des Programms Erasmus+?

1034. Abgeordnete Marie Luise von Halem (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Etablierung eines nichtkommerziellen Sorbenradios

Der 6. Staatenbericht gemäß Artikel 15 Absatz 1 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen beinhaltet eine Empfehlung des Ministerkomitees, angemessene Radio- und Fernsehprogramme auf Dänisch, Niederdeutsch, Niedersorbisch, Nordfriesisch und Saterfriesisch zur Verfügung zu stellen.

In der brandenburgischen Zuarbeit zu diesem Passus des Staatenberichts wird der Beschluss des Brandenburger Landtages „Regionaler nichtkommerzieller Rundfunk in Berlin und Brandenburg“ (Drucksache 6/5605-B) vom Dezember 2016 aufgeführt, in der die Medienanstalt Berlin Brandenburg gebeten wird, die Realisierungschancen für ein nichtkommerzielles Sorbenradio zu ermitteln. Es wird dargestellt, dass die Prüfung durch die Medienanstalt Berlin-Brandenburg ergeben habe, es stünden derzeit keine geeigneten UKW-Frequenzen zur Verfügung, die das Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden abdecken könnten.

Ich frage die Landesregierung: In welcher Form wird sie mit der MABB im Gespräch bleiben, um ein nichtkommerzielles Sorbenradio in möglichst naher Zukunft zu ermöglichen?

1035. Abgeordnete Isabelle Vandre (Fraktion DIE LINKE)
Förderprogramm für „Kleine Fächer“

Deutschland verfügt traditionell über eine starke Forschung in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften, die hohe internationale Anerkennung erfährt. Einen besonderen Beitrag leisten in diesem Bereich die sogenannten „Kleinen Fächer“. Sie sind ein wichtiger Bestandteil des vielfältigen universitären Fächerspektrums und prägen die Wahrnehmung und Wertschätzung deutscher Universitäten im Ausland. Gerade „Kleine Fächer“ können in einem hohen Maße zur Profil- und Strukturbildung einer Universität beitragen. Sie gewährleisten durch ihre Vielfalt die Fähigkeit des wissenschaftlichen Systems, auf wechselnde geopolitische, gesellschaftliche und technologische Herausforderungen und auf neue politisch und wirtschaftlich relevante Entwicklungen zu reagieren.

Auch an brandenburgischen Hochschulen gibt es einige dieser „Kleinen Fächer“. Die Bundesregierung möchte die Studiengänge mit einem Förderprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs unterstützen und fördert bis zu zehn Forschungsvorhaben mit bis zu 100.000 Euro jährlich.

Ich frage die Landesregierung: Wie unterstützt sie „Kleine Fächer“ in Brandenburg, um an diesem Förderprogramm zu partizipieren?

1036. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Pilotprojekt Entschlammung der Spreewaldfließe

2015 startete das Brandenburger Umweltministerium mit Unterstützung der in der Region tätigen Wasser- und Bodenverbände und der Landkreise ein Pilotprojekt zur Entschlammung der Spreewaldfließe.

Am 22.03.2017 teilte das Ministerium in einer Pressemitteilung mit, dass das Pilotprojekt als Erfolg zu werten ist. Die Ergebnisse der Vegetationsuntersuchungen und das Bodenschutzgutachten sind ausgewertet, einheitliche Bewertungsmethoden und ein standardisierter Verfahrensablauf für weitere Entschlammungsmaßnahmen an Spreewald-Gewässern I. Ordnung lägen vor.

Ich frage die Landesregierung: Wann und wie erhalten die Abgeordneten und die Öffentlichkeit die Gelegenheit, den Abschlussbericht für das bereits durch die Landesregierung als erfolgreich bewertete Pilotprojekt „Entschlammung der Spreewaldfließe“ einzusehen?